

Der russische Vorschlag für eine neue gesamteuropäische Sicherheitsordnung: ernst zu nehmender Vorschlag oder Spaltungsversuch?

Klein, Margarete

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klein, M. (2008). Der russische Vorschlag für eine neue gesamteuropäische Sicherheitsordnung: ernst zu nehmender Vorschlag oder Spaltungsversuch? *Russland-Analysen*, 175, 9-13. <https://doi.org/10.31205/RA.175.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



<http://www.laender-analysen.de/rusland/>

EINE NEUE SICHERHEITSARCHITEKTUR FÜR EUROPA?

■ VON DER REDAKTION	
С НОВЫМ ГОДОМ – Frohes Fest!	2
■ ANALYSE	
Die Zukunft der europäischen Sicherheit	2
Fjodor Lukjanow, Moskau	
■ UMFRAGE	
Russlands Rolle in der Welt ...	6
... in Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung«	6
... in Umfragen des WZIOM	8
■ ANALYSE	
Der russische Vorschlag für eine neue gesamteuropäische Sicherheitsordnung: ernst zu nehmender Vorschlag oder Spaltungsversuch?	9
Margarete Klein, Berlin	
■ UMFRAGE	
Die russische öffentliche Meinung über die Stationierung von Raketen in Kaliningrad	14
■ DOKUMENTATION	
Nationale Obergrenzen für die durch den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa begrenzten konventionellen Waffen und Ausrüstungen	15
Internationale Organisationen in Europa	17
■ DOKUMENTATION	
Erklärung der Internationalen Gesellschaft »Memorial« zu den Ereignissen in St. Petersburg	22
Deutsch-Russischer Austausch Berlin: »Memorial« St. Petersburg muss beschlagnahmte historische Unterlagen zurückerhalten	22
■ CHRONIK	
Vom 26. November bis zum 11. Dezember 2008	23



Von der Redaktion

С НОВЫМ ГОДОМ – Frohes Fest!

Die Redaktion der »Russlandanalysen« geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 176 – erscheint am 29. Januar 2009. Für die ersten Nummern des neuen Jahres planen wir u. a. Beiträge über die Entwicklung der russischen Wirtschaft, über Gewerkschaften und sicherheitspolitische Fragen.

Heute wünschen wir unseren Lesern aber ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

Analyse

Die Zukunft der europäischen Sicherheit

Fjodor Lukjanow, Moskau

Zusammenfassung

In Europa steht eine Erneuerung der Sicherheitsarchitektur an. Die sicherheitspolitischen Institutionen stammen aus den siebziger Jahren, sie wurden für eine ganz andere Realität geschaffen. Nach dem Ende des Kalten Kriegs konzentrierte man sich darauf, den Einflussbereich der westlichen Institutionen, die ihre Effizienz in den Jahren der ideologischen Konfrontation unter Beweis gestellt hatten, auszuweiten, statt Strukturen für eine neue Weltordnung zu schaffen. Die von Moskau geförderte Idee eines Helsinki-2 kommt im richtigen Moment und ist es wert, diskutiert zu werden. Europa braucht wieder eine grundlegende Übereinkunft über einen konzeptionellen Rahmen, der wie die Schlussakte von 1975 verschiedene Körbe umschließen müsste. Wenn Russland und die EU im 21. Jahrhundert eine wichtige Rolle spielen wollen, müssen sie sich in den kommenden Jahrzehnten stark aufeinander beziehen. Um ein Modell dieser Interaktion zu schaffen, müssen ganz neue intellektuelle Annäherungen entwickelt werden und die zahlreichen aus dem letzten Jahrhundert ererbten Stereotypen müssen überwunden werden.

Die Vertrauenskrise der europäischen Sicherheitsorganisation

Es ist kennzeichnend für die gegenwärtige internationale Situation, dass die erkennbare Zunahme des Wettbewerbs in verschiedenen Bereichen mit einer zunehmend wachsenden wirtschaftlichen Verflechtung der Beteiligten einhergeht. Dieser Umstand macht deutlich, dass die modischen Vergleiche mit dem »Great Game« im 19. Jahrhundert, der Periode vor dem Ersten Weltkriegs oder der Zeit des »Kalten Krieges« unsinnig sind.

Die Finanzkrise, von der alle Länder betroffen sind, hat zumindest eine positive Seite: Die Diskussionen um die Notwendigkeit, die globale Ordnung zu modernisieren, sind wieder aufgelebt, da jeder einsieht, dass die gegebenen Strukturen den Herausforderungen der Zukunft nicht gewachsen sind – und zwar weder den wirtschaftlichen noch den sicherheitspolitischen. Die sicherheitspolitischen Institutionen stammen aus einer vergangenen Epoche, wurden also für eine vollkommen

andere Realität geschaffen. Nach dem Ende des Kalten Kriegs konzentrierte man sich darauf, den Einflussbereich der westlichen Institutionen, die ihre Effizienz in den Jahren der ideologischen Konfrontation unter Beweis gestellt hatten, auszuweiten, statt Strukturen für eine neue Weltordnung zu schaffen.

Doch die friedliche Expansion des Westens, die als natürlich und geradezu zwangsläufig wahrgenommen wurde, war *de facto* nur möglich, weil die Zeiten einzigartig waren. Russland befand sich in einem geopolitischen Koma und war nicht in der Lage, Widerstand zu leisten. China war mit seiner eigenen Entwicklung beschäftigt und strebte noch keine globale Rolle an. Als Russland erwachte, als China zu einer mächtigen Kraft heranwuchs, wurde das, was man in den 90ern noch für eine Selbstverständlichkeit gehalten hatte, zum akuten Problem. Jetzt sind einige Organisationen nicht nur nicht mehr in der Lage, die Stabilität zu sichern, sondern schwächen diese geradezu. Wie jüngst im Kauka-

sus deutlich wurde, hat sich die NATO von einem Werkzeug zur Expansion von Sicherheit zu einem Katalysator eines ernsthaften Konfliktes entwickelt.

Die letzten Monate haben gezeigt, dass die europäische Politik ein komplexes Phänomen ist. Sämtliche Aspekte des europäischen Lebens sind eng miteinander verknüpft. So ist es beispielsweise unmöglich, wirtschaftliche Integration abgekoppelt von Sicherheitsaspekten zu verhandeln. Ängste spielen in jedem Fall eine Rolle, wie etwa im Energiesektor plastisch deutlich wird. Die Politisierung jeder Diskussion über die Gasversorgung durch Russland erwächst aus dem Umstand, dass die paneuropäische Sicherheitsarchitektur in manchen Ländern nicht allzu viel Vertrauen weckt.

Solche Dinge betreffen beide Seiten. Für Russland ist es sehr schwierig, mit der Ukraine einen normalen Wirtschaftsdialog zu führen, weil die NATO und die ganze Bandbreite der mit ihr zusammenhängenden Probleme und Emotionen ständig im Hintergrund mitgedacht werden. Unterdessen sehen Länder wie Polen oder die baltischen Staaten, die tief im Innern den Garantien der NATO und der Europäischen Union nicht trauen, in allem den Beginn einer russischen Expansion und das Gespenst des Molotow-Ribbentrop-Pakts.

Das bedeutet, dass ein wirtschaftlicher Durchbruch ohne die Schaffung eines Sicherheitssystems, dem alle Beteiligten trauen, so gut wie unmöglich ist.

Die Idee eines Helsinki-2

Aus diesem Grund kommt die von Moskau geförderte Idee eines Helsinki-2 genau im richtigen Moment und ist es wert, diskutiert zu werden. Es ist kaum zu leugnen, dass diesem Vorschlag bislang noch »das Fleisch auf den Knochen« fehlt – ein konkretes Thema, das den Ausgangspunkt von Beratungen bilden könnte. Doch sei hier erlaubt, daran zu erinnern, dass 1966, als der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko die Idee eines gesamteuropäischen Prozesses erstmals, dieser alles fehlte außer dem Wunsch des Kremls, die geopolitischen Folgen des Zweiten Weltkriegs endlich abschließend zu legitimieren. Die Endstation des Prozesses, der neun Jahre andauerte, war eine grundlegende Zusammenstellung der wichtigsten Prinzipien, die zu diesem Zeitpunkt für alle Seiten akzeptabel waren

Europa braucht wieder eine grundlegende Übereinkunft über einen konzeptionellen Rahmen, der wie die Schlussakte von 1975 verschiedenen Körbe umschließen müsste: Diese könnten sich von Themen wie militärischen Garantien, Grenzfragen (die wieder sehr akut sind, da keines der postsowjetischen Länder seine Grenzen als vollständig und endgültig sicher bezeichnen kann),

über Wirtschaft und Energie, bis hin zu humanitären Richtlinien und sogar der Demokratie-Frage erstrecken. Gewiss ist es unmöglich, Demokratie in einem Dokument zu formalisieren. Doch das Konzept sollte nicht, wie in der »democracy promotion«-Kampagne der auslaufenden US-Administration geschehen, als geopolitisches Instrument verwendet werden.

Grundlinien russischer Außenpolitik heute

Wie ist derzeit die Stimmung in der russischen Außenpolitik? Die beiden Krisen in den letzten Monaten – der einen folgte gleich die nächste – haben tiefe Spuren hinterlassen. Der russisch-georgische Krieg im August und die Einbrüche auf den globalen Finanzmärkten hängen nicht zusammen. Dennoch trugen beide Ereignisse jeweils auf ihre Weise zur Formulierung von Russland nationalen Interessen bei. Man kann sagen, dass die beiden Krisen einen konzeptionellen Interessenrahmen konstituiert haben, der Vektoren für das Unverzichtbare und Grenzen für das Mögliche definiert.

Der georgische Angriff auf Südossetien und die Reaktion der Welt auf die russische Antwort haben in Russland eine neue Situation in Politik und Öffentlichkeit geschaffen. Moskau befand sich vielleicht zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion in der Situation, ohne Rücksicht auf mögliche negative internationale Reaktionen handeln zu müssen. Konflikte gab es zwar schon vorher, Entscheidungen waren jedoch bisher in der Regel davon abhängig gemacht worden, wie sie sich auf die Beziehungen zu »strategischen Partnern« auswirken würden. Nach dem Krieg mit Georgien war Russland bereit, seine fundamentalen Interessen zu verteidigen – ohne Rücksicht auf die Reaktion ausländischer Partner oder darauf, wie viel Unterstützung es von ihnen künftig erwarten kann. Es muss jedoch klare Kriterien geben, welche Interessen tatsächlich lebensnotwendig sind und ohne Rücksicht auf die Kosten vertreten werden sollten.

In dieser Hinsicht hat die zweite, die Finanzkrise eine wichtige Rolle gespielt. Die finanzielle Instabilität, die sich rasch über die ganze Welt verbreitet hat, hat das Ausmaß der weltweiten Interdependenz sowie die Grenzen der wirtschaftlichen und – als Konsequenz daraus – der geopolitischen Möglichkeiten aufgezeigt. So ist zum Beispiel klar geworden, dass die immensen Finanzressourcen aus den Jahren des ununterbrochenen Wirtschaftswachstums ausreichen könnten, um die Folgen der Krise auf nationalem Niveau abzumildern. Zur Verwirklichung der großen in den letzten Jahren geplanten geopolitischen Projekte reichen sie aber nicht aus.

Für eine Erneuerung der internationalen Beziehungen

Die Realität der Krise wird die Länder veranlassen, ihre Prioritäten besser zu formulieren, ihre Absichten zu gewichten und zweitrangige Belange zugunsten wichtiger aufzuegebendes gibt einige relevante Bereiche, auf die wir unsere Anstrengungen konzentrieren sollten. Wie schon gesagt, es sollte wieder ein Rahmen formuliert werden. Die Welt braucht ein breit angelegtes Abkommen, das thematisiert, wie Grundauffassungen internationaler Beziehungen – im Bereich der Souveränität, der Kriterien für die Anwendung von Gewalt, der territorialen Integrität, der Selbstbestimmungsrechte und bei der Konfliktlösung – wiederbelebt werden können. Viele dieser Prinzipien sind in den letzten Jahren ausgehöhlt worden. Es lässt sich natürlich einwenden, sie seien alle bereits in verschiedenen Dokumenten festgehalten worden, angepasst an die Situation des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Doch von Zeit zu Zeit sollten alle Abkommen erneuert und neu justiert werden, vor allem, da sich seitdem ja ihre gesamte Umgebung gewandelt hat.

Der Mangel an Sicherheit wächst seit den späten 90er Jahren, als der erste regelrechte Krieg der neuen Zeit ausbrach – in Jugoslawien. Wir müssen zu einer strategischen Agenda zurückkehren und sie von rundum beleuchten, nicht isoliert, sondern in ihrem gesamten Kontext. Themen wie Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, inklusive des Iran-Problems, Rüstungskontrolle und Raketenabwehr sollten im Rahmen eines »Korbes« diskutiert werden, wobei Russland und die USA die Hauptkontrahenten wären. Allerdings sollte man hier auch andere wichtige Akteure, allen voran die EU, aber auch China und Indien, mit einbeziehen. Der europäische Widerwille, sich an der strategischen Debatte zu beteiligen und diese allein dem Dialog zwischen Russland und den USA zu überlassen, ist mittlerweile kontraproduktiv geworden. Europa ist wirtschaftlich zu stark und international zu bedeutend, um bei der Verhandlung lebensnotwendiger internationaler Sicherheitsbelange zu verstummen.

OSZE und europäische Sicherheit

Die europäischen Institutionen sind nicht stark genug, den Frieden zu stärken. Die OSZE ist bereits früher stark kritisiert worden, doch die Krise in Georgien hat gezeigt, dass sie leider dysfunktional ist. Ob die OSZE erneuert oder ersetzt werden soll – diese Entscheidung sollte auf der Basis eines neuen europäischen Prozesses getroffen werden. Wenn dessen Teilnehmer zu der Einsicht kommen, die Organisation sei verbesserungs-

fähig, dann sollte der »Korb« Sicherheit umfassend wiederhergestellt werden, um Themen wie die Zukunft des KSE-Vertrags zu diskutieren. Die NATO sollten nicht als universale Sicherheitsorganisation verstanden werden, die automatisch nach Osten erweitert werden kann. Anders als 1990, als Europa sich in einer einzigartigen geopolitischen Situation befand, ist die Allianz jetzt kein Instrument zur Verbreitung von Stabilität mehr, sondern das Gegenteil. Ländern außerhalb der NATO, die um ihre Sicherheit besorgt sind, sollten von allen beteiligten Großmächten sehr starke Sicherheitsgarantien gegeben werden, damit alle gleichermaßen als Garanten mit klaren Verantwortlichkeiten auftreten.

Russland, EU und die USA

Die Interaktion zwischen Wirtschaft und Politik liegt so offen wie nie zuvor zutage. Interdependenz ist aber *per se* noch kein Garant für nachhaltige Entwicklung, oft genug erweist sie sich vielmehr als eine verderbliche Quelle für Unsicherheit und Misstrauen. Die Energiebeziehungen zwischen Russland und der EU sind dafür ein hervorragendes Beispiel. Ähnliches lässt sich auch im Verhältnis zwischen den USA und China beobachten. Die Prinzipien, auf denen die russisch-europäische Annäherung in den frühen 90er Jahren beruht, sind angesichts der veränderten Umstände überholt. Damals glaubte man, Russland würde sich in das bestehende System des Vereinten Europa integrieren und dessen Normen und Regeln akzeptieren ohne Anspruch auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu erheben. Später änderten sich die russischen Prioritäten und die EU fand sich konzeptionell betrachtet in einer seltsamen Position wieder.

Die EU betrachtete Russland kulturell als engen Partner und direkten Nachbarn. Das Format der Beziehungen der Europäischen Union mit solchen Ländern sieht ein Integrationsparadigma vor – in anderen Worten deren sanfte Einbindung in die politische, rechtliche und ökonomische Sphäre der Europäischen Union, wobei (den Beitrittskandidaten) die volle Mitgliedschaft bzw. eine enge Anbindung und besondere Vorrechte in Aussicht gestellt werden. Diese Optionen hat Moskau abgelehnt und die EU war nicht in der Lage, etwas anderes anzubieten. Russland will aber auch keine reinen Handelsbeziehungen mit der EU unterhalten, wie sie etwa zwischen der EU und China bestehen, da es für sich einen einzigartigen Status beansprucht – und das nicht ohne Grund, bedenkt man die kulturelle Nähe und die ökonomischen Verflechtungen zwischen Russland und Europa.

Die Diskussionen über ein neues Abkommen, das das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) ersetzen würde, die nach dem Gipfel in Nizza begonnen haben, werden langwierig und schmerzhaft sein, da das gegenseitige Verständnis gering ist und darüber hinaus auch das Interesse der Beteiligten an einem Ergebnis begrenzt zu sein scheint. Gewiss sollte man nicht erwarten, dass ein Grundlagenvertrag für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte ausgehandelt wird. Es wird vielmehr ein Interim-Dokument entstehen, das einen momentan tragfähigen Kompromiss festhält und die Interaktion miteinander effektiver macht.

Die geopolitischen Selbstidentifikationsprozesse schreiten in Russland wie in der Europäischen Union voran. Moskau tastet auf der Suche nach seiner Rolle in der Weltpolitik umher. Es würde gern einen mächtigen unabhängigen Einflusspol darstellen, ist dafür aber nicht stark genug. Gleichzeitig kann sich Russland nirgendwo integrieren, dafür ist es zu groß und unabhängig. Auf Seiten der Europäischen Union liegen die Dinge auch nicht klarer. Die institutionellen Reformen, die als ein erneuter Schritt, die EU zu einer konsolidierten politischen Allianz zu formen, angelegt waren, sind wieder einmal ins Stocken geraten. Doch auch die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon würde nichts Grundlegendes ändern. Unterdessen versuchen mindestens einige EU-Mitglieder, die politische Rolle der EU und ihre Unabhängigkeit zu stärken. Die Rolle, die Frankreich im Namen der EU bei der politischen Beilegung der Kaukasuskrise einnahm, hat vielen Menschen in Europa Mut gemacht. Gleichzeitig fällt es nicht schwer, sich auszumalen, in was für einer Situation sich die EU befunden hätte, wäre der

Konflikt während der polnischen oder estnischen EU-Präsidentschaft ausgebrochen.

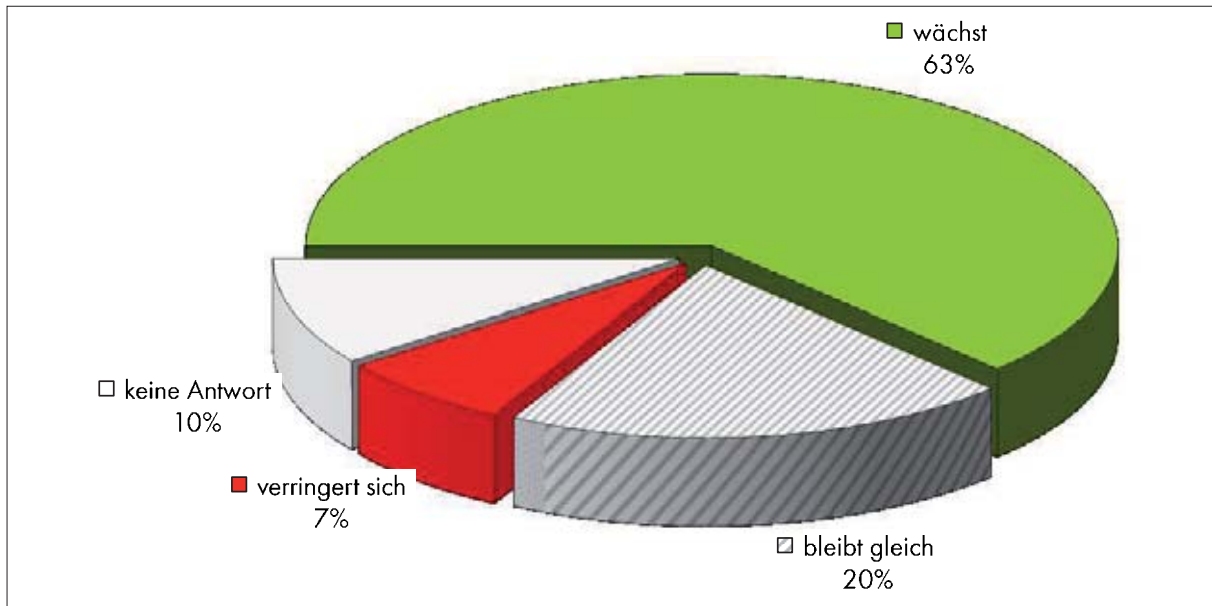
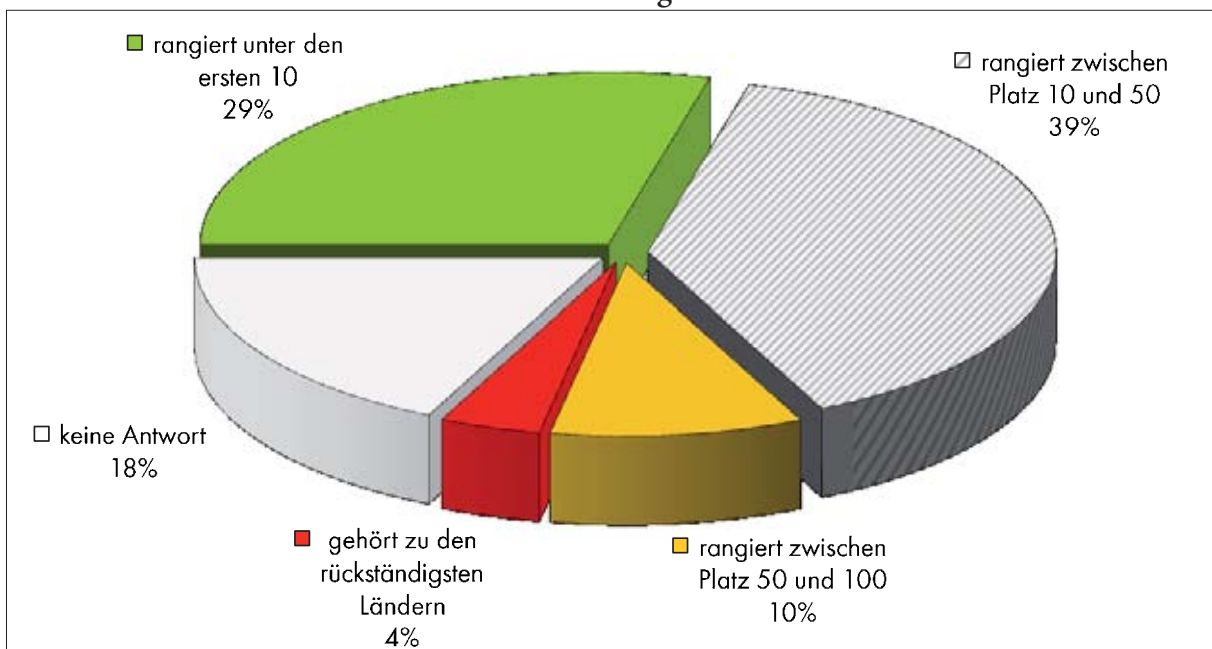
Wie dem auch sei – durch die Veränderungen auf der internationalen Arena entstehen für alle Beteiligten neue Bedingungen. Europa wird vielleicht schon bald feststellen, dass es die Rolle des Hauptpartners der USA verliert, die stattdessen Asien einnehmen wird. Es wird eine unangenehme Feststellung sein, die den traditionellen Horizont der europäischen Politik sprengt. Gleichzeitig könnte Europa durch Versuche der USA, die Europäer für die Stärkung der weltweiten amerikanischen Dominanz in den Dienst zu nehmen (was in Washingtons Augen Kern der neuen Ära transatlantischer Solidarität ist), belastet werden. Russland dagegen muss sich einer Realität stellen, die wenig rosig aussieht, betrachtet man die demographische Situation, die (nicht sehr vielversprechenden) Aussichten auf wirtschaftliche Diversifizierung und den tatsächlichen Anteil Russlands in der Welt von morgen.

Wenn Russland und die EU im 21. Jahrhundert eine wichtige Rolle spielen wollen, müssen sie sich in den kommenden Jahrzehnten stark aufeinander beziehen. Um ein Modell dieser Interaktion zu schaffen, müssen ganz neue intellektuelle Annäherungen entwickelt werden und die zahlreichen aus dem letzten Jahrhundert ererbten Stereotypen überwunden werden. Der Aufbau eines neuen »Größeren Europa« auf der Basis Russlands und der EU ist ein Unternehmen, dessen Größenordnung mit der vergleichbar ist, der die Architekten der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüberstanden. Auch damals glaubte niemand an einen Erfolg.

Übersetzung: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Fjodor Lukjanov ist Chefredakteur der Zeitschrift »Russia in Global Affairs«.

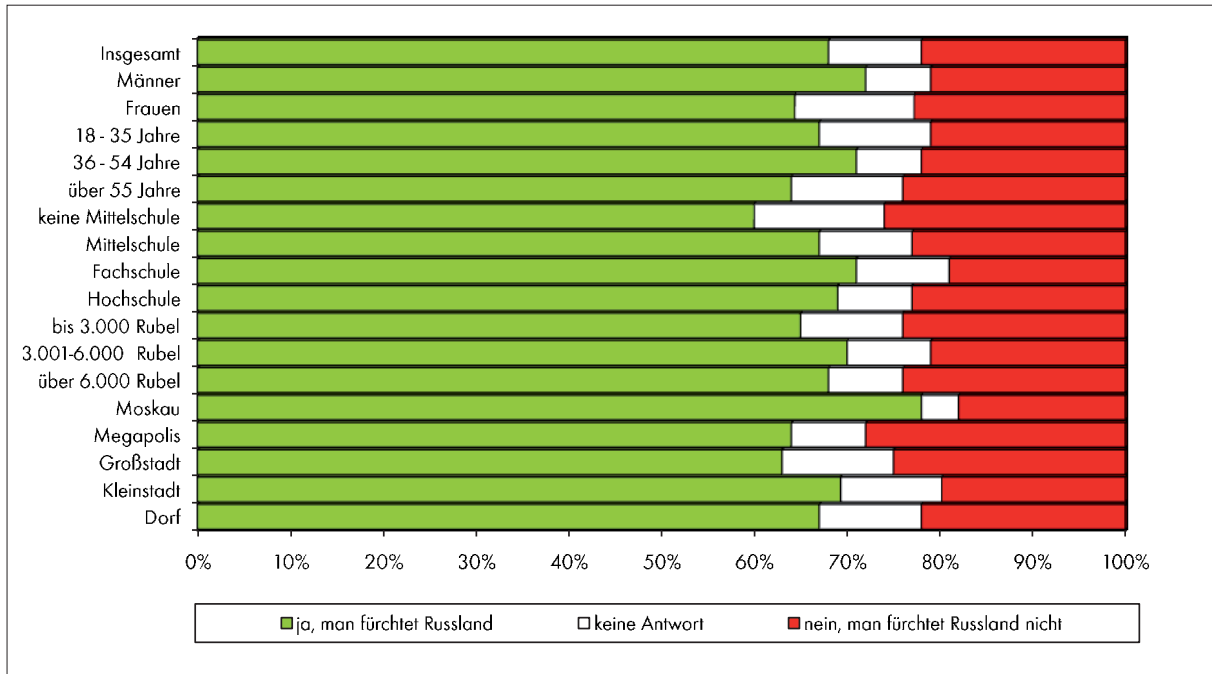
Umfrage
Russlands Rolle in der Welt ...
... in Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung«
Wächst der Einfluss Russlands in der Welt in den letzten Jahren?

Welchen Platz nimmt Russlands Wirtschaft im Vergleich zu anderen Ländern ein?


Nach Daten der Weltbank: Platz 8 (PPP-Konzept) bzw. Platz 10 (GNI-Konzept)

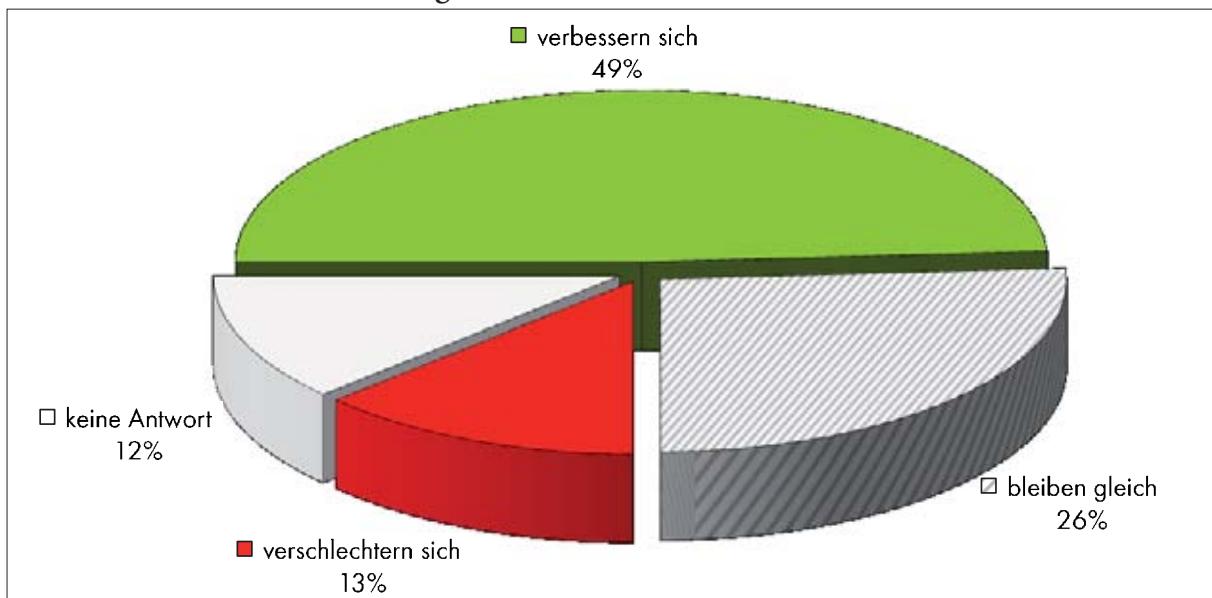
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 18.–19.10.2008

<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0842/d084227>

Fürchtet man Russland in der Welt?



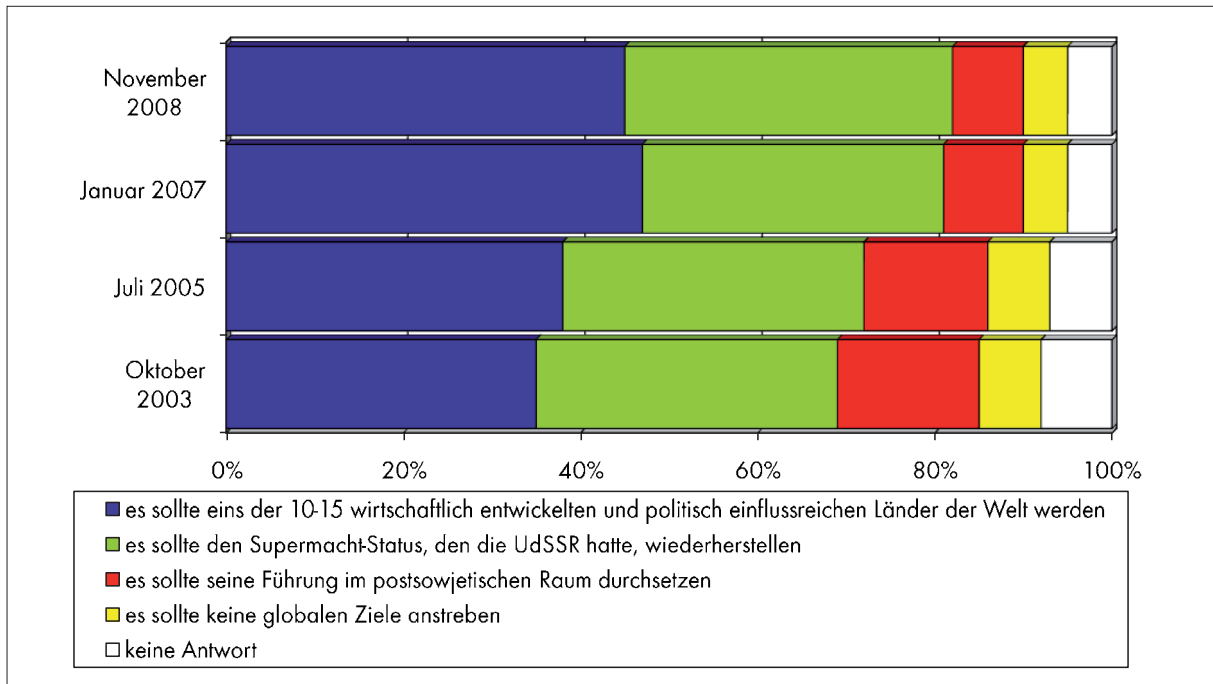
Wie entwickeln sich die Beziehungen der Welt zu Russland?



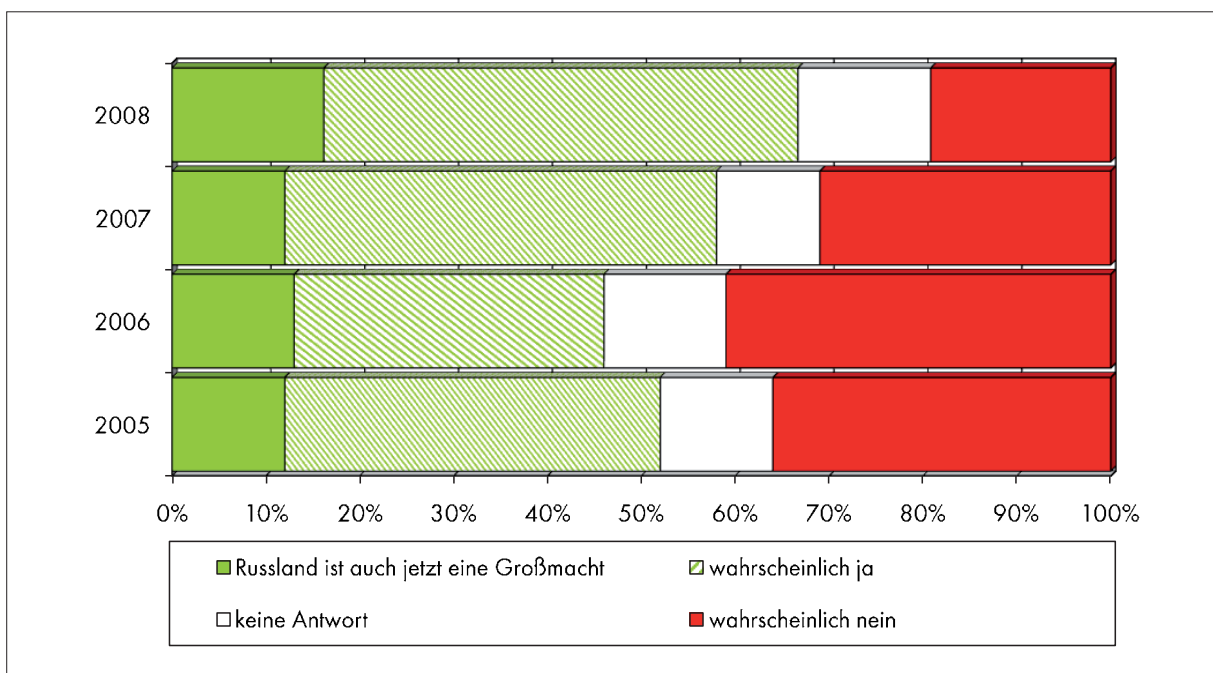
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 18.–19.10.2008
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0842/d084227>

... in Umfragen des WZIOM

Welche Ziele sollte Russland im 21. Jahrhundert anstreben?

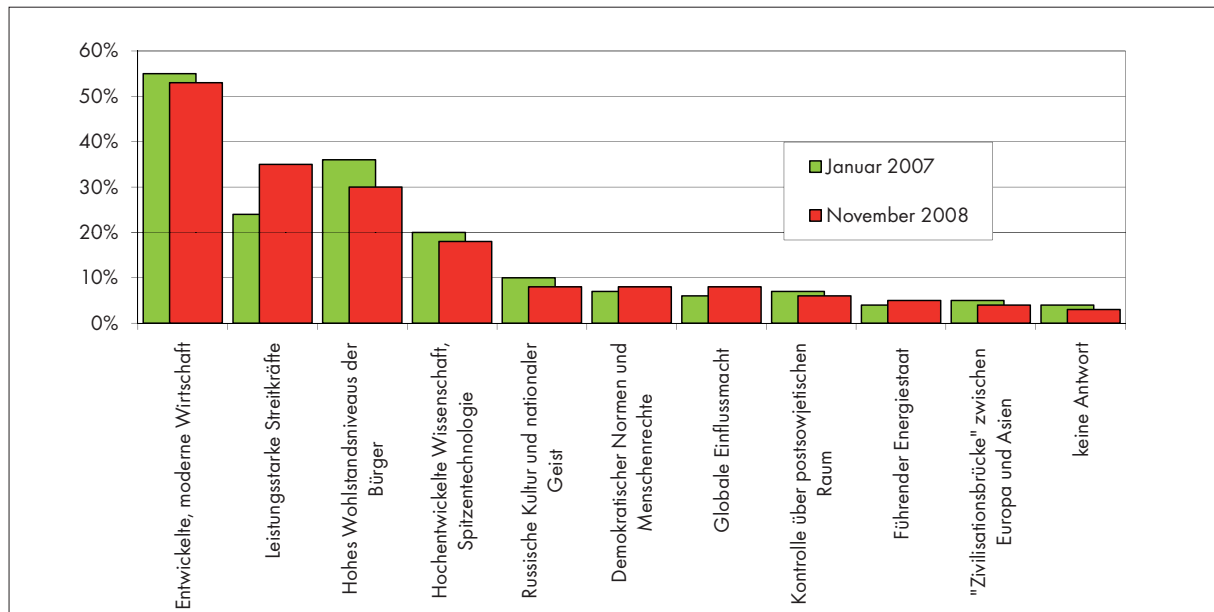


Kann Russland in den nächsten 15–20 Jahren eine Großmacht werden?



Quelle: Umfragen des VCIOM vom 1.–2.11.2008
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10954.html>

Was muss Russland erreichen, um als Großmacht zu gelten?



Quelle: Umfragen des VCIOM vom 1.–2.11.2008

<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10954.html>

Analyse

Der russische Vorschlag für eine neue gesamteuropäische Sicherheitsordnung: ernst zu nehmender Vorschlag oder Spaltungsversuch?

Margarete Klein, Berlin

Zusammenfassung

Seit Juni 2008 liegt ein russischer Vorschlag für eine neue gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur auf dem Tisch. Darin wird ein völkerrechtlich bindender Vertrag aller Staaten von »Vancouver bis Wladiwostok« gefordert. Angesichts der ungelösten Sicherheitsfragen des Kontinents besteht durchaus Diskussionsbedarf über mögliche Verbesserungen an der europäischen Sicherheitsarchitektur. Medwedews Idee eines »Helsinki 2« sollte jedoch nicht als alleinige Grundlage einer solchen Diskussion benutzt werden, da sie primär darauf gerichtet ist, Moskaus Position in der europäischen Sicherheitspolitik zu stärken und die Rolle westlicher Institutionen – wie NATO – zu schwächen. Für die europäischen Staaten kommt es vielmehr darauf an, eigene Vorschläge und Forderungen zu entwickeln und damit Moskaus Kooperationsbereitschaft zu testen.

Medwedews Vorschlag

In seiner Rede in Berlin am 5. Juni 2008 brachte Präsident Dmitri Medwedew zum ersten Mal seine Idee einer neuen gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur in die Diskussion ein. Er kam darauf im außenpolitischen Konzept vom Juli 2008 zurück und konkretisierte sie in seiner Rede vor der World Policy Conference am 8. Oktober

2008 im französischen Evian. Kernstück ist die Forderung nach einem Gipfeltreffen aller Staaten von »Vancouver bis Wladiwostok«, auf dem ein völkerrechtlich bindender Sicherheitsvertrag abgeschlossen werden soll. Nachdem die internationale Resonanz auf die Idee zunächst gering war, gewinnt sie seit dem Georgienkrieg verstärkte Aufmerksamkeit. Was genau beinhaltet Medwedews Vor-

schlag? Wo bestehen Anknüpfungspunkte für eine sinnvolle Diskussion und wo liegen Stolpersteine? Und welche Motive verfolgt Russland mit seinem Vorschlag?

Der russische Präsident rechtfertigt seinen Vorschlag mit der Feststellung, dass die bestehende europäische Sicherheitsarchitektur es nicht geschafft habe, das Ziel der Charta von Paris umzusetzen – nämlich ein Europa zu schaffen, das geeint, frei und sicher sei. Um dies zu überwinden, schlägt er einen gesamteuropäischen Gipfel aller Staaten von »Vancouver bis Wladiwostok« vor. Dessen Ziel bestünde dann darin, einen völkerrechtlich bindenden Sicherheitsvertrag auszuarbeiten und abzuschließen. Dieser wiederum sollte auf fünf Prinzipien basieren, die Medwedew in Evian konkretisierte. Erstens müssten die »Basis-Prinzipien der Sicherheit und Zusammenarbeit« im euro-atlantischen Raum bekräftigt werden. Zweitens sollten sich alle beteiligten Staaten verpflichten, gegeneinander weder Gewalt einzusetzen noch deren Einsatz anzudrohen. Drittens müsse der Vertrag »gleiche Sicherheit« für alle Staaten gewährleisten. Viertens dürfe kein Staat und keine internationale Organisation »exklusive Rechte« zum Schutz des Friedens und der Stabilität in Europa besitzen. Daneben sollte der Vertrag als fünftes Prinzip »Basis-Parameter der Rüstungskontrolle« festschreiben und neue Kooperationsmechanismen zur Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, des internationalen Terrorismus und des Drogenschmuggels aufstellen.

Ungelöste Sicherheitsfragen in Europa

Betrachtet man Medwedews Vorschlag für eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur, so lässt sich seiner grundlegenden Diagnose – nämlich, dass die Ziele der Charta von Paris nicht umgesetzt wurden und in Europa Sicherheitsdefizite bestehen – durchaus zustimmen. Dies demonstrierte nicht zuletzt der Georgienkrieg noch einmal deutlich. Weder OSZE, noch NATO und NATO-Russland-Rat, EU, GUS, OVKS oder den Bemühungen einzelner Staaten war es gelungen, die Eskalation von Scharmützeln zu einem zwischenstaatlichen Krieg und von einer regionalen zu einer internationalen Krise zu verhindern. Dies ist umso bedenklicher, als ja eine Reihe ähnlicher »frozen conflicts« mit dementsprechendem Eskalationspotential in Europa bestehen: Transnistrien, Kosovo, Krim und Berg-Karabach. Allseits anerkannte und effiziente Mechanismen zur Lösung dieser Konflikte fehlen, so dass der eingefrorene Zustand vielfach als geradezu maximale Sicherheitsstufe gilt. Angesichts der hohen Rüstungszuwächse gerade in Russland und den kaukasischen Staaten ist es aber gefährlich, auf diesen Zustand zu setzen.

Neben den Regionalkonflikten gehört die Krise der Rüstungskontrolle und Abrüstung zu den zentralen, ungelösten Sicherheitsfragen des Kontinents. Aus Protest gegen die – selbst verschuldete – ausstehende Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrags durch die NATO-Staaten hatte Russland im Dezember 2007 seine Teilnahme daran suspendiert. Seitdem berichtet es weder über Übungen noch über Truppenbewegungen und lässt keine Inspektoren mehr ins Land. Obwohl die europäischen Staaten keine direkten Beteiligten sind, betrifft sie auch die Krise der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung zwischen den USA und Russland. Im Streit um die Aufstellung des dritten Pfeilers des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien hat Moskaus Führung bereits mit der Kündigung des INF-Vertrags oder der Aufstellung von Iskander-Raketen in Kaliningrad gedroht. Zudem besteht die Gefahr, dass nach dem Auslaufen des START I-Vertrags im Dezember 2009 kein Verifikationsregime im nuklearstrategischen Bereich mehr existiert. Der SORT-Vertrag, der bis 2012 gilt, beinhaltet keine detaillierten Überprüfungsprozeduren. Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass sich die ohnehin in den letzten Jahren vertiefte Vertrauenskrise zwischen Russland und den westlichen Staaten weiter verschärft. Eine friedliche Regelung bestehender Streitpunkte – wie z. B. über die NATO-Osterweiterung oder das amerikanische Raketenabwehrsystem – oder eine kooperative Bearbeitung gemeinsamer sicherheitspolitischer Herausforderungen – wie beispielsweise der Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder der Proliferation von Massenvernichtungswaffen – könnten dadurch in Zukunft noch mehr erschwert werden.

Es besteht also durchaus Diskussionsbedarf über Mängel im europäischen Sicherheitssystem. Die Idee, hierfür eine gesamteuropäische Gipfelkonferenz abzuhalten, erscheint prinzipiell sinnvoll. Auch der Vorschlag, auf diesem einen bindenden Sicherheitsvertrags abzuschließen, kann *per se* kaum Kritik auf sich ziehen. Entscheidend werden jedoch die Inhalte eines solchen Vertragswerks sein. Bietet der russische Vorschlag hier Anknüpfungspunkte für eine Lösung der Sicherheitsprobleme oder würde er diese bei einer erfolgreichen Implementierung eher noch verschärfen? Ein Blick auf die – insgesamt noch recht vagen – russischen Ideen deckt dabei zahlreiche Stolpersteine und Baustellen auf.

Baustelle I: Rechtliche Prinzipien und ihre Durchsetzung

Medwedew schlug vor, in dem gesamteuropäischen Vertrag noch einmal die »Basis-Prinzipien der Sicher-

heit und Zusammenarbeit« zu bekräftigen, wie territoriale Integrität, politische Souveränität sowie die übrigen Prinzipien der UN-Charta. Das ist sinnvoll, reicht allein aber nicht aus, um deren Durchsetzung zu gewährleisten. Schließlich sind diese Prinzipien bereits in vielen Dokumenten verankert und trotzdem – unter anderem von Russland selbst – verletzt worden. So beklagte Moskau beispielsweise die Anerkennung des Kosovo durch westliche Staaten als »unmoralisch und illegitim«, verletzte das Prinzip der territorialen Integrität aber nach dem Georgienkrieg selbst, als es Abchasien und Südossetien – noch dazu in Folge eines militärischen Gewalteinsetzes – einseitig anerkannte. Im Rahmen eines regionalen Sicherheitsvertrags würde es daher nicht so sehr auf die bloße Kodifizierung internationaler Rechtsprinzipien ankommen, sondern vielmehr darauf, verbindliche Mechanismen zur Lösung von Konfliktfällen auszuarbeiten und effektive Sanktionsmöglichkeiten bei Vertragsbrüchen zu schaffen.

Baustelle II: Institutionelle Grundlagen (OSZE und NATO)

Prinzipien und Regeln brauchen Institutionen, die ihnen zur Durchsetzung verhelfen. Welche Institutionen sollen diese Aufgabe in Europa übernehmen? Betrachtet man den russischen Vorschlag, so fällt auf, dass der OSZE hierin kein besonderer Platz eingeräumt wird. Medwedew rechtfertigte dies in Berlin damit, dass die institutionelle Struktur der OSZE »unvollständig« sei und ihre Weiterentwicklung an der »Blockpolitik« der westlichen Staaten scheitere. Damit wiederholt er die seit langem bekannte russische Kritik an der OSZE: diese widme sich zu wenig sicherheitspolitischen Fragen und konzentriere sich stattdessen zu sehr auf die »menschliche Dimension«, v. a. die Wahlbeobachtung. Tatsächlich lässt sich ein Ungleichgewicht zwischen den drei »Körben« feststellen und es wäre sinnvoll, den sicherheitspolitischen Korb zu stärken. Schließlich ist die OSZE die einzige wirkliche gesamteuropäische Institution, der alle Staaten als gleichberechtigte Mitglieder angehören und die damit quasi das natürliche Forum zur Diskussion gesamteuropäischer Sicherheitsfragen darstellt. Auch ließe sich ohne große Probleme darüber nachdenken, den wirtschaftlichen Korb aufzugeben. Ökonomische Fragen werden schließlich seit langem bereits mehr im Format der EU und Europäischen Nachbarschaftspolitik behandelt. Die menschliche Dimension der OSZE aufzugeben, wie der russische Vorschlag es implizit fordert, wäre jedoch falsch. Erstens sollte Europa nicht nur als Interessengemeinschaft, sondern auch als Wertegemeinschaft gedacht werden. Zweitens bestätigen empiri-

sche Untersuchungen zumindest eine These des »demokratischen Friedens«: nämlich die, dass Demokratien gegenüber anderen Demokratien kaum Kriege führen. Rechtsstaatlichkeit, politische Verantwortlichkeit der Herrschenden gegenüber den Bürgern und transparente Entscheidungsprozesse besitzen damit auch sicherheitspolitische Relevanz.

Die OSZE sicherheitspolitisch zu revitalisieren, ohne zugleich ihre menschliche Dimension aufzugeben, wird angesichts der russischen Haltung schwierig sein. Dieser Weg wäre aber sinnvoller als der Alternativvorschlag Medwedews. Dieser hatte angeregt, dass EU, USA und Russland als die »drei Säulen der europäischen Zivilisation« die Pfeiler der neuen europäischen Sicherheitsordnung bilden sollten. Dies kommt zwar dem russischen Wunsch nach gleicher Augenhöhe mit den USA entgegen, kann für die europäischen Staaten aber nicht akzeptabel sein. Erstens stellt sich die Frage, welche Rolle den neutralen Staaten und denjenigen, die nur in der NATO, nicht aber in der EU sind, zukommen sollte. Zweitens würde auf diese Weise das sicherheitspolitische Gewicht der europäischen Staaten im Vergleich zu USA und Russland deutlich geschwächt werden. Schließlich sind GASP und ESVP bisher noch unzureichend ausgebildet. Drittens – und zentral – sieht dieser Vorschlag keine Rolle für die NATO vor.

Damit wird ein Kernproblem des Medwedew'schen Vorschlags angesprochen: Dieser scheint primär darauf gerichtet zu sein, die Rolle der NATO in der europäischen Sicherheitspolitik zu schwächen. Dies zeigt sich deutlich, wenn man die Ausführungen des russischen Präsidenten zum »Prinzip der gleichen Sicherheit« genauer analysiert. Denn dieses verband er in seiner Rede in Evian mit drei »Neins«: Erstens dürfe niemand seine Sicherheit auf Kosten anderer gewährleisten. Militärallianzen oder Koalitionen sollten zweitens keine Aktionen durchführen, die die Einheit des gemeinsamen Sicherheitsraums unterhöhlten. Und drittens dürften Militärallianzen sich nicht derart entwickeln, dass sie die Sicherheit anderer Vertragsparteien bedrohten. Diese Prinzipien sind in dieser Formulierung höchst subjektiv und würden letztlich ein russisches Veto gegenüber fast allen Aktionen der NATO bedeuten. Damit dienen sie dann nicht zur »gleichen Sicherheit«, sondern primär zu einer einseitigen verbesserten Sicherheitslage Russlands. Dies wäre für die NATO-Staaten inakzeptabel. Schließlich stellt die Allianz die wichtigste Sicherheitsinstitution in Europa dar und wird es – trotz aller russischen Kritik – auch weiterhin bleiben. Sie bindet nicht nur die USA an die Sicherheit Europas und gibt ihren Mitgliedsländern

das nötige Instrumentarium, um sicherheitspolitisch agieren zu können, sondern förderte über Jahrzehnte der Zusammenarbeit auch das Vertrauen der beteiligten Staaten zueinander, so dass zwischen der NATO-Staaten ein gewaltsamer Konfliktaustrag heute praktisch unmöglich erscheint. Ohne NATO drohte Europa ein Rückfall in die Zeiten nationalstaatlicher Großmachtpolitik des 19. Jahrhunderts, ein Szenario, das in Russland durchaus Popularität genießt.

Das Beharren auf der NATO sollte aber nicht bedeuten, dass nicht über eine verbesserte Kooperation zwischen dieser und Moskau nachgedacht werden sollte. Neben einer sicherheitspolitischen Revitalisierung der OSZE wäre eine verstärkte institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Moskau und Brüssel ein großer Gewinn für Europas Sicherheit. Sie leidet bisher aber an einer Reihe nur schwer zu überwindender Probleme. Erstens ist Russlands Kooperationsbereitschaft mit einer Institution, deren Existenz sie als »Relikt der Vergangenheit« geißelt, stets begrenzt gewesen. Zweitens ist der NATO-Russland-Rat (NRC) lediglich ein Konsultationsorgan, das nur im Konsensfall auch über gemeinsame Aktionen beschließen kann. Eine Anbindung Russlands bleibt in diesem Rahmen stets beschränkt. Dies ließe sich nur ändern, wenn Moskau reale Entscheidungsbefugnisse zugestanden würden. Der damalige britische Premierminister Tony Blair hatte nach dem 11. September 2001 vorgeschlagen, Russland in den Bereichen, in denen ohne eine Zusammenarbeit mit Moskau ohnehin nur schwer Lösungen gefunden werden können, ein Mitspracherecht in der Allianz anzubieten, z. B. bei der Bekämpfung der Proliferation, des internationalen Terrorismus usw. Bei einer solchen Teilmitgliedschaft ließe sich aber – drittens – nicht verhindern, dass Russland diese missbraucht, um andere Entscheidungen der Allianz zu blockieren. Eine Änderung am institutionellen Format der NATO-Russland-Beziehungen macht daher erst Sinn, wenn beide Seiten ihre Einstellungen zueinander verbessert haben. Dies gilt auch für die NATO, die während der Georgienkrise den Dialog mit Russland abbrach.

Baustelle III: Gegenseitige Sicherheitsgarantien

Das Beharren auf der NATO sollte auch nicht bedeuten, dass im Rahmen eines Verhandlungsprozesses nicht über legitime Sicherheitsinteressen Russlands in Bezug auf die Osterweiterung der Allianz oder den Raketenabwehrstellungen in Polen und Tschechien gesprochen werden sollte. In der Grundakte zwischen Russland und der NATO von 1997 wurde Moskau bereits zugesichert,

dass auf dem Territorium der neuen Mitgliedstaaten keine Nuklearwaffen und »substantiellen Kampftruppen« stationiert würden. Bei der Grundakte handelt es sich aber lediglich um eine politische Willenserklärung, nicht um ein völkerrechtlich bindendes Dokument. Dies könnte im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitsvertrags geändert werden. In diesem Zusammenhang könnte auch die Problematik der Raketenabwehrstellungen in Polen und Tschechien angesprochen werden und Russland Sicherheitsgarantien – z. B. in Form von Verifikationsmaßnahmen – angeboten werden.

Voraussetzung dafür wäre aber, dass auch Russland sich zu Sicherheitsgarantien gegenüber den kleineren osteuropäischen Ländern bereit erklärt. Diese fühlen sich teils aus historischen Erfahrungen heraus, teils aber auch als Reaktion auf die aktuelle russische Außenpolitik vom großen Nachbarstaat im Osten bedroht. So wurde dort mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, wie Präsident Medwedew nur wenige Wochen nach dem Georgienkrieg am 31. August 2008 fünf außenpolitische Prinzipien verkündete. Zu diesen gehören der Schutz der russischen Bürger im Ausland und die Feststellung, dass Russland »privilegierte Interessen« in seiner Nachbarschaft besitze. Prinzipiell ist nichts dagegen einzuwenden, dass Staaten in bestimmten Regionen stärkere Interessen haben als in anderen. In Russland wird dies aber nur zu oft als exklusive Einflusszone und damit im Sinne einer eingeschränkten außenpolitischen Souveränität dieser Länder interpretiert. Ohne dass Russland das Recht dieser Länder auf freie Bündniswahl anerkennt und sich zu Sicherheitsgarantien bereit erklärt, sollte daher kein Verhandlungsprozess mit Moskau gestartet werden. Genau an diesem Punkt zeigt sich nämlich, wie ernst es Russland mit seinen Vorschlägen ist.

Baustelle IV: Neue Impulse bei der Rüstungskontrolle

Ein gesamteuropäischer Gipfel müsste auch dringend neue Impulse für die konventionelle Rüstungskontrolle und Abrüstung setzen. Dies wird nicht einfach sein – unabhängig davon, ob auch weiterhin noch die Ratifizierung des Angepassten KSE-Vertrags angestrebt oder ein neues Vertragswerk – eine Art KSE-III-Vertrag – ausgehandelt wird. Denn mit der einseitigen Anerkennung Abchasiens und Südossetiens und der angekündigten Stationierung von jeweils 3800 russischen Soldaten stellt sich das »Gastland-Problem« neu. Schließlich ist im KSE-Vertrag festgelegt, dass fremde Truppen nur bei expliziter Zustimmung des Gastlandes dort

stationiert sein dürfen. Im Zuge künftigen Verhandlungen ist daher darauf zu achten, dass Russland nicht versucht, durch ein neues Verhandlungsmandat seine alten Pflichten zu umgehen.

Fazit

Nachdem die internationale Resonanz auf Medwedews Vorschlag zunächst gering ausfiel, zog er in den letzten Wochen verstärkte Aufmerksamkeit auf sich. Zypern, Italien, Spanien, Deutschland und vor allem Frankreich haben zumindest Diskussionsbereitschaft angezeigt. Auch die NATO erklärte sich auf der Außenministerkonferenz am 3. Dezember aufgeschlossen für eine Debatte. Auch wenn der Vorschlag Präsident Sarkozys, Mitte 2009 einen OSZE-Sondergipfel zu dieser Thematik abzuhalten, beim Treffen der OSZE-Regierungs- und Staatsechefs in der letzten Woche keine Mehrheit fand, wird das Thema weiter auf der europäischen Agenda bleiben. Denn es trifft angesichts der ungelösten Sicherheitsfragen des Kontinents auf einen Diskussionsbedarf.

In Bezug auf Medwedews Vorschlag bestehen aber zwei Grundprobleme. Erstens ein zeitliches: Es muss vermieden werden, dass Moskau eine schnelle europäische und amerikanische Diskussionsbereitschaft als Signal

missversteht, dass eine Politik der Stärke zu westlichem Entgegenkommen führt. Betrachtet man die Äußerungen russischer Politiker zum letzten NATO-Außenministertreffen, als Georgien und die Ukraine nicht in den Membership Action Plan aufgenommen wurden, so entsteht der Eindruck, als gehe die Entscheidung der Allianz primär auf Moskaus Drohungen, glaubhaft unterfüttert durch seinen militärischen Gewalteintritt in Georgien zurück. Das zweite Grundproblem besteht in den Inhalten von Medwedews Vorschlag. Vieles davon ist noch vage und neben einigen anknüpfungsfähigen Ideen findet sich auch manch Inakzeptables, das primär darauf gerichtet scheint, einen Keil zwischen die Europäer und zwischen diese und die USA zu treiben. Für beide Probleme gibt es nur eine Lösung: Die westlichen Staaten dürfen sich nicht an Medwedews Vorschlägen abarbeiten, sondern müssen vielmehr eine eigene Agenda für gemeinsame Diskussionen mit Russland entwickeln. Dies bedingt sowohl eine Diskussion über legitime russische Sicherheitsinteressen, als auch die Formulierung klarer Forderungen gegenüber Moskau. Dabei sollte auch auf eine enge Abstimmung der europäischen Staaten untereinander geachtet werden, um Moskaus Spaltungsversuche zu minimieren.

Über die Autorin

Dr. Margarete Klein ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Russland/GUS in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

Lesetipps

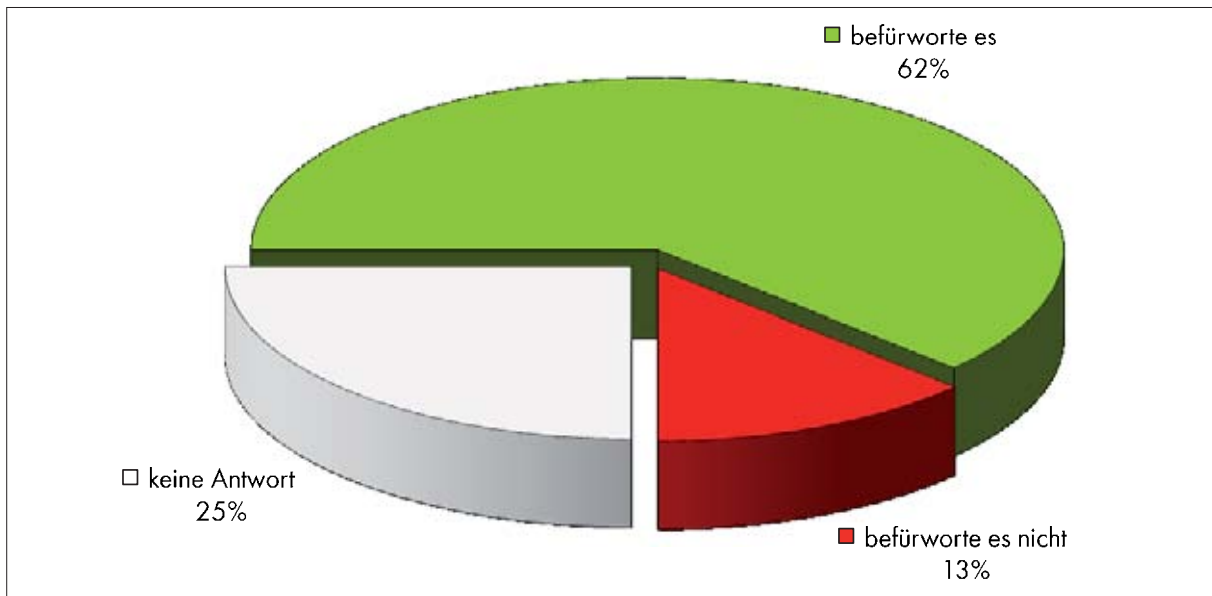
- Marcin Kaczmarek: The Russian proposal for a new European security system, in: Center for Eastern Studies Commentary, Issue 11 vom 16.10.2008
<http://www.osw.waw.pl/en/epub/ecomment/2008/081016/Commentary11.htm>
- Medwedews Berliner Rede vom 5. Juni 2008 (englische Version)
http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2008/06/05/2203_type82912type82914type84779_202153.shtml
- Medwedews Rede vor der World Policy Conference in Evian am 8. Oktober 2008 (englische Version)
http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2008/10/08/2159_type82912type82914_207457.shtml

Umfrage

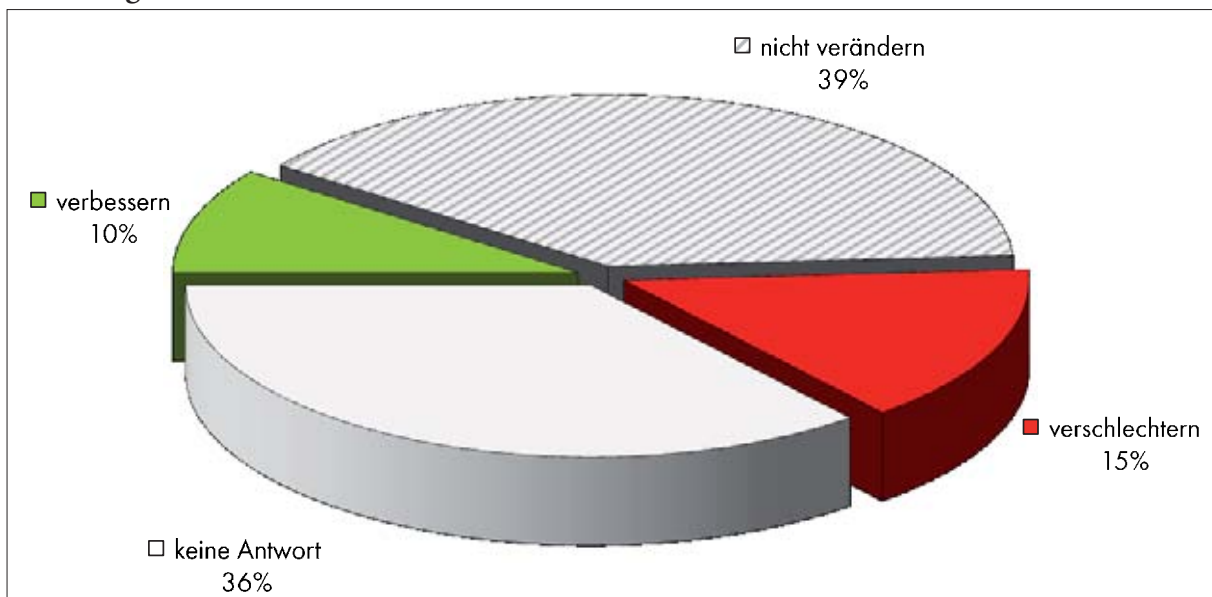
Die russische öffentliche Meinung über die Stationierung von Raketen in Kaliningrad

In seiner Botschaft an die Föderalversammlung am 5. November 2008 kündigte Dmitrij Medwedew an, dass Russland in Reaktion auf die Stationierung eines US Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien seinerseits im Kaliningrader Gebiet Kurzstreckenraketen vom Typ »Iskander« stationiert werde.

Was halten Sie vom Vorhaben in Kaliningrad Kurzstreckenraketen zu stationieren?



Werden sich im Gefolge der Stationierung von Kurzstreckenraketen in Kaliningrad die Beziehungen zwischen Russland und den USA verändern?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 15.–16.11.2008

<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0846/d084623>

Dokumentation

Nationale Obergrenzen für die durch den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa begrenzten konventionellen Waffen und Ausrüstungen

Zahl der im KSE-Vertragsgebiet stationierten Waffensysteme, die den Regelungen des Vertrages unterliegen (Treaty limited equipment). Anpassung vom 17.11.1999 (nicht ratifiziert)

Vertragsstaaten	Kampfpanzer		Gepanzerte Kampf-fahrzeuge		Artilleriewaffen		Kampfflugzeuge		Kampfhubschrauber	
	Ober-grenze	Vor-handen	Ober-grenze	Vor-handen	Ober-grenze	Vor-handen	Ober-grenze	Vor-handen	Ober-grenze	Vor-handen
Republik Armenien	220	110	220	140	285	229	100	16	50	10
Aserbaidschanische Republik	220	220	220	595	285	223	100	47	50	15
Republik Belarus	1.800	1.586	2.600	2343	1.615	1.499	294	175	80	50
Königreich Belgien	300	40	989	259	288	102	209	71	46	32
Republik Bulgarien	1.475	1.474 ^a	2.000	1.460 ^c	1.750	1.666	235	80	67	18
Königreich Dänemark	335	231	336	242	446	510	82	48	18	12
Bundesrepublik Deutschland	3.444	2.035	3.281	3.974	2.255	1.384	765	298	280	192
Französische Republik	1.226	968	3.700	4.413	1.992	787	800	316	374	42
Georgien	220	128	220	135	285	109	100	9	50	9
Griechische Republik	1.735	1.514	2.498	2.482	1.920	887	650	357	65	32
Republik Island	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Italienische Republik	1.267	320	3.172	1.711	1.818	1.100	618	250	142	60
Kanada	77	86	263	289	32	301	90	107	13	0
Republik Kasachstan	50	980	200	1.800	100	1.075	15	163	20	40
Großherzogtum Luxemburg	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Republik Moldau	210	0	210	210	250	96	50	0	50	0
Königreich der Niederlande	520	160	864	591	485	345	230	105	50	24
Königreich Norwegen	170	165	275	162	491	138	100	52	24	0
Republik Polen	1.730	714	2.150	1.298	1.610	881	460	103	130	32
Portugiesische Republik	300	224	430	313	450	232	160	25	26	18
Rumänien	1.375	366	2.100	1.106	1.475	833	430	74	120	7

Nationale Obergrenzen für die durch den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa begrenzten konventionellen Waffen und Ausrüstungen (Fortsetzung)

Vertragsstaaten	Kampfpanzer		Gepanzerte Kampffahrzeuge		Artilleriewaffen		Kampfflugzeuge		Kampfhubschrauber	
	Obergrenze	Vorhanden	Obergrenze	Vorhanden	Obergrenze	Vorhanden	Obergrenze	Vorhanden	Obergrenze	Vorhanden
Russische Föderation (Militärgebiete: Sonderregion Kaliningrad, Leningrad, Moskau, Nord Kaukasus)	6.350	4.411	11.280	8.699	6.315	3.235	3.416	838	855	113
Slowakische Republik	478	245	683	497	388	284	100	46	40	16
Königreich Spanien	750	323	1.588	1.481	1.276	370	310	181	80	0
Tschechische Republik	957	181	1.367	504	767	326	230	50	50	38
Republik Türkei	2.975	4.205 ^b	3.120	3.463	3.523	1.184	750	435	130	37
Ukraine	4.080	2.984	5.050	3.792	4.040	3.705	1.090	211	330	101
Republik Ungarn	835	238	1.700	636	840	523	180	28	108	12
Großbritannien und Nordirland	843	386	3.017	1.346	583	407	855	341	350	67
USA	1.812	7.620	3.037	6.719	1.552	6.530	784	2.658	396	1.009

a) 199 in Reserve

b) 1300 werden in Reserve gesetzt

e) 519 in Reserve

Quellen:

Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, 19.11.1990 b

<http://www.auswaertiges-ami.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abrüstung/Downloads/KSE-Vertrag.pdf>, 10.12.2008

Übereinkommen über die Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa, 19.11.1999

<http://www.auswaertiges-ami.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abrüstung/Downloads/KSE-UE-Anpassung.pdf>, 10.12.2008

Die Daten über vorhandene Waffensysteme wurden mit Hilfe der Angaben in »The Military Balance, Volume 108 Issue 1 2008« ermittelt. Da in Einzelfällen nicht feststellbar war, ob ein System den Regelungen des Vertrages unterliegt oder nicht, sind die Angaben über vorhandene Waffensysteme lediglich als Richtgröße zu nehmen.

Zusammengestellt von Katharina Hoffmann.

Internationale Organisationen in Europa

	OSZE	KSE-Vertrag	Europa-rat	EU	NATO	CDC	GUAM	CEFTA	BSCE	GUS / SNG	Eu-rAsWG / EvrAsES	ODKB	SCO
Ägypten									(Beobachterstatus)				
Albanien	x		x		ab 2009			x	x				
Andorra	x		x										
Armenien	x	x	x						x	x	(Beobachterstatus)	x	
Aserbaidschan	x	x	x				x		x	x			
Belarus	x	x							(Beobachterstatus)	x	x	x	
Belgien	x	x	x	x	x								
Bosnien und Herzegowina	x		x					x					
Bulgarien	x	x	x	x	x				x				
China													x
Dänemark	x	x	x	x	x								
Deutschland	x	x	x	x	x				(Beobachterstatus)				
Estland	x		x	x	x	x							
Finnland	x		x	x									
Frankreich	x	x	x	x	x				(Beobachterstatus)				

Internationale Organisationen in Europa (Fortsetzung)

	OSZE	KSE-Vertrag	Europa-rat	EU	NATO	CDC	GUAM	CEFTA	BSCE	GUS / SNG	Eu-rAsWG / EvrAsES	ODKB	SCO
Georgien	x	x	x			x	x		x				
Griechenland	x	x	x	x	x				x				
Großbritannien	x	x	x	x	x								
Irland	x		x	x									
Island	x	x	x		x								
Israel									(Beobachterstatus)				
Italien	x	x	x	x	x				(Beobachterstatus)				
Kanada	x	x			x								
Kasachstan	x	x								x	x	x	x
Kirgisien	x									x	x	x	x
Kosovo								x					
Kroatien	x		x		ab 2009			x	(Beobachterstatus)				
Lettland	x		x	x	x	x							
Liechtenstein	x		x										
Litauen	x		x	x	x	x							
Luxemburg	x	x	x	x	x								
Malta	x		x	x									
Marokko													
Mazedonien	x		x			x		x					
Monaco	x		x										

Internationale Organisationen in Europa (Fortsetzung)

	OSZE	KSE-Vertrag	Europa-rat	EU	NATO	CDC	GUAM	CEFTA	BSCE	GUS / SNG	Eu-rAsWG / EvrAsES	ODKB	SCO
Montenegro	x		x					x					
Niederlande	x	x	x	x	x								
Norwegen	x	x	x		x								
Österreich	x		x	x					(Beob-achter-status)				
Polen	x	x	x	x	x				(Beob-achter-status)				
Portugal	x	x	x	x	x								
Republik Moldau	x	x	x			x	x	x	x	x	(Beob-achter-status)		
Republik Zypern	x		x	x									
Rumänien	x	x	x	x	x	x			x				
Russland	x	x	x						x	x	x	x	x
San Marino	x		x										
Schweden	x		x	x									
Schweiz	x												
Serbien	x		x					x	x				
Slowakei	x	x	x	x	x				(Beob-achter-status)				
Slowenien	x		x	x	x	x							
Spanien	x	x	x	x									
Tadschikistan	x									x	x	x	x

Internationale Organisationen in Europa (Fortsetzung)

	OSZE	KSE-Vertrag	Europa-rat	EU	NATO	CDC	GUAM	CEFTA	BSCE	GUS/SNG	Eu-rAsWG / EvrAsES	ODKB	SCO
Tschechien	x	x	x	x	x				(Beobachterstatus)				
Tunesien									(Beobachterstatus)				
Türkei	x	x	x		x				x				
Turkmenistan	x									(Assoziiertes Mitglied)			
Ukraine	x	x	x			x	x		x	(Assoziiertes Mitglied)	(Beobachterstatus)		
Ungarn	x	x	x	x	x								
USA	x	x			x				(Beobachterstatus)				
Usbekistan	x				x					x		x	x
Vatikanstadt	x												

Zusammengestellt von Katharina Hoffmann.

Erläuterung der Abkürzungen auf der nächsten Seite.

Erläuterung der Abkürzungen zur Tabelle »Internationale Organisationen in Europa«

Abkürzung	Name	Gründungsdatum (bzw. Umbenennung)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa / Organization for Security and Co-operation in Europe	1975 KSZE / 1995 OSZE
KSE-Vertrag	Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa / Conventional Forces in Europe Treaty	1990
Europarat	Europarat / Council of Europe	1949
EU	Europäische Union / European Union	1993
NATO	North Atlantic Treaty Organization / Nordatlantikvertrag-Organisation	1949
CDC	Community of Democratic Choice / Gemeinschaft Demokratischer Wahl	2005
GUAM	Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung – GUAM	1997 GUUAM / 2006 GUAM
CEFTA	Central European Free Trade Agreement / Mitteleuropäisches Freihandelsabkommen	1993
BSCE	Black Sea Economic Cooperation / Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation	1999
GUS / SNG	Sodrushestwo Nesavisimych Gosudarstw / Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	1991
EurAsWG / EvrAsES	Jewrasijskoe Ekonomitscheskoe Soobschtschestwo / Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft	2001
ODKB	Organisazija Dogowora Kollektivnoj Besopasnosti / Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit	1992 Vertrag über kollektive Sicherheit / 2002 ODKB
SCO	Shanghai Cooperation Organization / Shanghai Kooperationsorganisation	1996 Shanghai Fünf / 2001 SCO

Zusammengestellt von Katharina Hoffmann

Dokumentation

Erklärung der Internationalen Gesellschaft »Memorial« zu den Ereignissen in St. Petersburg

Am 4. Dezember wurden auf Befehl der städtischen Staatsanwaltschaft die Räumlichkeiten des Wissenschafts- und Informationszentrums »Memorial« Sankt Petersburg durchsucht, einer Forschungsorganisation, die sich mit der Geschichte des stalinistischen Terrors beschäftigt. Durchgeführt wurde die Durchsuchung unter dem Vorwand eines Ermittlungsverfahrens betreffs einer laut der Staatsanwaltschaft »extremistischen« Veröffentlichung, die vor einhalb Jahren in einer Zeitung namens »Novyj Peterburg« erschienen ist.

Personen in Masken, die mit Polizeiknüppeln bewaffnet waren, besetzten die Räume des Zentrums. Sie beschlagnahmten die Festplatten sämtlicher Computer, auf denen die Resultate von zwanzigjährigen historischen Forschungen sowie die Unterlagen eines der Mitarbeiter des Zentrums, des Kunsthistorikers Alexander Margolis, gespeichert sind, der wegen seines Eintretens für den Schutz des architektonischen Stadtbildes bekannt ist.

Die Gesellschaft »Memorial« und ihr Wissenschafts- und Forschungszentrum in Sankt Petersburg wissen weder irgendetwas über die Zeitungspublikation, mit der die Durchsuchung angeblich zusammenhängt, noch über die Zeitung selbst. Allem Anschein nach ist die Publikation lediglich ein Vorwand für die Durchsuchung der Räume von »Memorial«.

Die beschlagnahmten Festplatten enthalten Datenbanken mit biografischen Angaben zu zehntausenden Opfern der stalinischen Repressionen, die von »Memorial« binnen 20 Jahren gesammelt worden sind, außerdem eine einmalige Sammlung von Fotos und Dokumentenkopien zum Thema des sowjetischen Terrors, die Ergebnisse der Suche nach Lagerfriedhöfen und Erschießungsstätten auf dem Territorium der früheren UdSSR sowie ein Ton-Archiv von Interviews mit ehemaligen Insassen des GULAG.

Die Internationale Gesellschaft »Memorial« fordert die unverzügliche Rückgabe der beschlagnahmten Materialien, die keinerlei Verbindung mit irgendwelchen »extremistischen« Publikationen haben können. »Memorial« macht die Staatsanwaltschaft der Stadt Sankt Petersburg darauf aufmerksam, dass diese Materialien einen großen wissenschaftlichen Wert darstellen und die Staatsanwaltschaft die volle Verantwortung für ihre Erhaltung trägt.

(Übersetzung: Deutsch-Russischer Austausch)

Deutsch-Russischer Austausch Berlin: »Memorial« St. Petersburg muss beschlagnahmte historische Unterlagen zurückerhalten

Der DRA Berlin unterstützt die Forderung der Internationalen Gesellschaft »Memorial« nach unbeschädigter Rückgabe des umfangreichen historischen Materials zu den Repressionen der Stalinzeit, das »Memorial« im Laufe von 20 Jahren Arbeit gesammelt hat. Die Unterlagen und Datenbanken befinden sich auf Computerfestplatten der Organisation, die die Staatsanwaltschaft St. Petersburg am gestrigen 4. Dezember bei einer unangekündigten Durchsuchung des Wissenschafts- und Informationszentrums »Memorial« der Stadt beschlagnahmt hat.

Der DRA Berlin stellt nicht das Recht der Staatsanwaltschaft auf juristisch begründete und notwendige Ermittlungen in Frage. Er hält aber die Beschlagnahme sämtlicher historischer Forschungsmaterialien von »Memorial« unter Verweis auf eine 2007 erschienene, angeblich extremistische Publikation in einer Zeitung, die mit der Organisation in keinem Zusammenhang steht, für nicht stichhaltig. Die Verdienste von »Memorial« bei der systematischen Aufklärung von Verbrechen während der Sowjetzeit sowie bei der Unterstützung ihrer Opfer sind immens und haben exemplarische Bedeutung für die gesamte Gesellschaft in Russland und in den postsowjetischen Staaten. Daher fordert der DRA Berlin von den Behörden in St. Petersburg, die Arbeitsfähigkeit des Wissenschafts- und Informationszentrums »Memorial« in St. Petersburg so schnell wie möglich wieder herzustellen und die Reputation der Organisation und die Sicherheit ihrer MitarbeiterInnen zu garantieren.

*Die Erklärung von Memorial im russischen Original finden Sie auf der Webseite des DRA:
www.austausch.org/aktuelle-meldungen (Quelle: <http://hro1.org/node/3844>)*

Chronik

Vom 26. November bis zum 11. Dezember 2008

26.11.2008	Wladimir Potanin und Oleg Deripaska legen ihren Streit um Russlands größten Bergbaukonzern, den Buntmetallproduzenten Norilsk Nickel, bei. Die russische Regierung hatte Deripaska die Refinanzierung eines Kredits in Höhe von 4,5 Mrd. US-Dollar gewährt, mit dessen Hilfe er im April einen Anteil von gut 25% an Norilsk gekauft hatte.
27.11.2008	Der Sprecher der Innenbehörden im Südlichen Föderalbezirk, Sergej Derewjanko, teilt mit, dass seit Beginn 2008 über 600 Verbrechen und 8.000 Vergehen von Angehörigen der Sicherheitskräfte im Föderalbezirk bekannt geworden sind. In ganz Russland beträgt die Zahl der von Sicherheitskräften begangenen Verbrechen über 3.000.
27.11.2008	Innenminister Raschid Nurgalijew erklärt, dass Russland die höchste Rate von Verkehrsunfalltoten in Europa hat. Jährlich gibt es über 200.000 Verkehrsunfälle mit 32-35.000 Toten und 285.000 Verletzten.
28.11.2008	In Tschetschenien werden sechs Frauenleichen mit Schusswunden aufgefunden. Der untersuchende Beamte erklärt, möglicherweise habe der oder die Täter die Opfer für ihren »unmoralischen« Lebenswandel bestrafen wollen.
28.11.2008	Von dem U-Boot »Dmitrij Donskoj« wird ein Teststart einer Rakete vom Typ »Bulawa« durchgeführt. Dies ist der erste Test, der in jeder Phase erfolgreich verläuft. Der Beginn der Serienproduktion für die »Bulawa« wird für 2009 angekündigt.
28.11.2008	Bei einem Feuergefecht zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern an der tschetschenisch-dagestanischen Grenze wird ein Angehöriger der Sicherheitskräfte getötet, fünf weitere verwundet.
30.11.2008	Das Plenum des ZK der KPRF wählt Gennadij Sjuganow zu seinem Vorsitzenden.
1.12.2008	In Nordossetien werden ein Polizeiposten und ein Streifenwagen beschossen. Zwei Polizisten werden getötet.
1.12.2008	Die Zentralbank hebt den Refinanzierungszinssatz um einen Prozentpunkt auf 13 % an.
1.12.2008	Im Militärgerichtshof des Moskauer Bezirks beginnt die Zeugenbefragung im Mordfall Anna Politkowskaja.
1.12.2008	Die staatliche ukrainische Gasholding Naftohaz Ukrainy bittet Gazprom um einen Zahlungsaufschub. Gazprom droht darauf mit Lieferkürzungen.
1.12.2008	Der Gipfel der russisch-belarussischen Union, der für den 1.12. angesetzt war, wird abgesagt, da sich die beiden Seiten nicht über die Agenda einigen können.
2.12.2008	In einer Ansprache vor dem VII. Richterkongress kritisiert Präsident Dmitrij Medwedew das Gerichtssystem und die Ausbildung der Richter.
2.12.2008	Der neue militärische Vertreter Russlands bei der NATO, Armeegeneral Aleksej Maslow, tritt seine Reise nach Brüssel an. Die Position war seit Juni vakant, nachdem die Amtszeit von Maslows Vorgänger abgelaufen war.
2.12.2008	In Brüssel werden die Gespräche zwischen Russland und der EU über die Erneuerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens nach fünf Monaten Pause wieder aufgenommen.
2.12.2008	In Machatschkala (Dagestan) wird ein Polizist von Unbekannten erschossen. Als Verstärkung eintrifft, wird eine Bombe gezündet, die zwei Polizisten und einen Passanten verletzt.
2.12.2008	Petr Latyschew, der Bevollmächtigte des Präsidenten im Föderalbezirk Ural, stirbt im Alter von 61 Jahren.
2.12.2008	Präsident Dmitrij Medwedew empfängt den König von Bahrain, Scheich Hamad Bin-Isa Bin-Salman Al Khalifah, und erörtert mit ihm bilaterale Wirtschaftsfragen und die Lage im Nahen und Mittleren Osten.
2.12.2008	Ein Moskauer Geschworenengericht befindet sieben Mitglieder einer Skinhead-Bande des Mordes an 20 und des versuchten Mordes an 12 Personen für schuldig. Die Angriffe der 17–18 jährigen Skinheads hatten sich durchweg gegen Personen aus Zentralasien und dem Kaukasus gerichtet.
2.12.2008	Eine Reihe russischer Menschenrechtsorganisationen, darunter die Moskauer Helsinki Gruppe, kündigt an, dass sie den 3. Regionalkongress des Europarates, der vom 4. bis 7. Dezember in Perm abgehalten werden soll, boykottieren wird, da er nicht von NGOs, sondern vom russischen Föderationsrat ausgerichtet wird.
2.– 3.12.2008	Auf der Sitzung der Verteidigungsminister der NATO-Staaten in Brüssel wird beschlossen, die Zusammenarbeit mit Georgien und der Ukraine zwar zu vertiefen, aber nichts am in Bukarest beschlossenen Verfahren zu ändern. Außerdem beschlossen die NATO-Außenminister, dass die Gespräche mit Russland noch 2008 auf informeller Ebene wieder aufgenommen werden sollen. Die Frage einer europäischen Sicherheitsarchitektur soll im Rahmen der OSZE-Außenminister erörtert werden.
3.12.2008	Ein Sprecher der russischen Seekriegsflotte teilt mit, dass die russisch-venezolanischen Marinemanöver in der Karibik erfolgreich abgeschlossen worden seien.
4.12.2008	Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier publiziert in der »Iswestija« und der »FAZ« einen Artikel, in dem er den russischen Vorschlag für Diskussionen über eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa positiv aufnimmt, aber darauf hinweist, dass »Russland ... seinen Nachbarn das Gefühl der Bedrohung nehmen« muss.

4.12.2008	Ministerpräsident Putin stellt sich in einem russlandweiten offenen Programm »Gespräch mit Wladimir Putin« den Fragen der Zuschauer.
4.12.2008	Unbekannte erschießen in Agischty (Schalinskij Rayon/Tschetschenien) eine dreiköpfige Familie und zünden ihr Haus an. Eine Website der Untergrundkämpfer wirft den Ermordeten vor, drei Guerillas denunziert zu haben.
4.12.2008	Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft werden die Räumlichkeiten des Wissenschafts- und Informationszentrums »Memorial« Sankt Petersburg durchsucht.
4.– 6.12.2008	Staatsbesuch Präsident Dmitrij Medwedews in Indien. Der Besuch wird um 5 Stunden verkürzt, damit Medwedew rechtzeitig zum Begräbnis des verstorbenen Patriarchen zurückkehren kann.
4.– 5.12.2008	Tagung des Außenministerrats der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Helsinki, an der 50 von 56 Mitgliedsstaaten teilnehmen. U.a. wird die Zukunft der europäischen Sicherheit erörtert. Eine gemeinsame politische Schlusserklärung kommt nicht zustande.
5.12.2008	Das russische Außenministerium erklärt, Russland könne nicht auf den Besitz und Einsatz von Streubomben verzichten. Es reagiert auf eine Internationale Konferenz über die Konvention zum Verbot von Streubomben in Oslo.
5.12.2008	Aleksij II., der Patriarch der ganzen Rus, das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, stirbt im Alter von 79 Jahren.
5.12.2008	Im Gebiet Tschita stürzt ein Jagdflugzeug des Typs MiG-29 kurz nach dem Start ab. Der Pilot wird getötet.
6.12.2008	In Nasran (Inguschetien) kommt es zu einem Feuergefecht zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern. Zwei Personen werden getötet.
6.12.2008	Der russische U-Jagdkreuzer »Admiral Tschabanenko« durchfährt den Panamakanal.
6.12.2008	Bei einer Spezialoperation in der Umgebung von Machatschkala (Dagestan) werden zwei Untergrundkämpfer und ein FSB-Angehöriger getötet.
6.12.2008	Kyrill, der Metropolit von Smolensk und Kaliningrad, wird vom Heiligen Synod der Russischen Orthodoxen Kirche zum amtierenden Kirchenoberhaupt eingesetzt. Er wird dieses Amt bis zur regulären Wahl eines Patriarchen ausüben, die für Ende Januar vorgesehen ist.
8.12.2008	Präsident Dmitrij Medwedew nominiert Nikolaj Belych für den Posten des Gouverneurs des Gebiets Kirow. Nikolaj Belych war bis September 2008 Führer der rechtsliberalen Partei SPS (Union der Rechten Kräfte), die dann mit anderen Gruppen zu einer neuen Partei zusammengeschlossen wurde.
8.12.2008	Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) stuft die russischen Staatsanleihen herab – von BBB+ auf BBB, dem zweitniedrigsten Investitionsgrad. S&P begründet den Schritt damit, dass die Währungsreserven rapide zurückgegangen seien. Russlands Zentralbank setzt die Reserven für die Stützung des Rubels ein.
9.12.2008	Argentiniens Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner trifft zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein.
10.12.2008	Die russische Kriegsmarine erklärt, weitere Schiffe zur Bekämpfung von Piraten vor die Küste Somalias entsenden zu wollen. Bisher nimmt dort ein russischer Raketenkreuzer an Übungen der indischen Marine teil.
10.12.2008	Beim internationalen IGLU-Lesevergleichstest für Grundschüler belegt Russland den ersten Platz. Das Ergebnis steht im Gegensatz zu den Ergebnissen des PISA-Tests für Wissen fortgeschrittener Schüler, bei denen Russland unterdurchschnittlich abschnidet.
10.12.2008	Der russische Generalstabschef Nikolai Makarow erklärt, dass Russland fast alle der 880 in Kaliningrad stationierten Panzer aus der Region abzieht. Der Abzug über den Seeweg werde insgesamt drei Jahre dauern. Präsident Dmitrij Medwedew hatte im November die Stationierung von Kurzstreckenraketen in Kaliningrad angekündigt.
11.12.2008	Präsident Dmitrij Medwedew ernennt Nikolai Winnitschenko zum neuen Bevollmächtigten des Präsidenten im Föderalbezirk Ural.

Die Russland-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de